

südostasien

Zeitschrift für Politik • Kultur • Dialog

1 | 2025, Interviews, Philippinen,

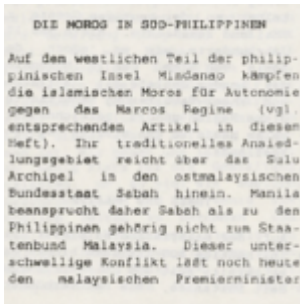
Autor*in: Lilli Breininger

Geblieden ist die (Entwicklungs-) Aggression



Mindanao in den letzten 40 Jahren. Blick auf Mindanao von Samal Island. © Lilli Breininger

Philippinen: Mindanao ist durch Kriegsrecht und heftige Kämpfe geprägt – aber auch durch Konfliktentschärfung durch Autonomie-Regelungen.



© südostasien

In Heft 4 des ersten Jahrgangs der Südostasien-Informationen von 1985 beschrieb Peter Franke in seinem Beitrag „Regionale Konflikte in Südostasien“. 40 Jahre später blicken wir auf die heutige Situation. Das folgende Interview mit Maria Maglana zum Konflikt in Mindanao bildet den Auftakt einer Reihe von Artikeln zu heutigen Perspektiven auf regionale Konflikte und Lösungsansätze.

südostasien: Was sind die wichtigsten Veränderungen für Mindanao in den letzten 40 Jahren?

Unsere Interviewpartnerin:



© Privat

Maria Victoria „Mags“ Maglana ist gebürtig aus Mindanao und setzt sich seit vier Jahrzehnten für gute Regierungsführung, nachhaltige Entwicklung und dauerhaften Frieden ein und ist bei Konsyensa Dabaw aktiv. Sie tritt bei den Kommunalwahlen 2025 als unabhängige Kandidatin an, um die politischen Dynastien herauszufordern, die das Gesicht der traditionellen, elitären und korrupten Politik geworden sind.

Maria Maglana: Erstens gab es Verbesserungen in der wirtschaftlichen Situation. Aber es ist nicht die ganze Zeit ein Aufwärtstrend, sondern es gibt Schwankungen in Bezug auf die Wirtschaftsleistung von Mindanao und bei seinem Beitrag zur nationalen Wirtschaft. Zweitens möchte ich erwähnen, dass wir zum ersten Mal einen Präsidenten (Rodrigo Roa Duterte, 2016-2022) hatten, der aus Mindanao kam und danach auch eine Vizepräsidentin (Sara Duterte Carpio, seit 2022) aus Mindanao. Die Vertretung Mindanaos war in der nationalen Politik lange Zeit problematisch.

Drittens: Zwischen der philippinischen Regierung und zwei der muslimischen Gruppen wurden politische Vereinbarungen getroffen. 1996 unterzeichnete sie ihr endgültiges Friedensabkommen mit der Moro National Liberation Front (MNLF) [Die Bezeichnung Moros für die Einwohner:innen Mindanaos wurde von den spanischen Kolonialherren abwertend verwendet. Seit den 1970er Jahren wird sie von Sezessionist:innen benutzt, um die Idee eines ‚Moro-Volkes‘ oder einer Nation (Bangsamoro) zu benennen, d.R.]. 2014 gab es ein Abkommen mit der Moro Islamic Liberation Front (MILF). Als Folge davon gibt es nun die Bangsamoro Autonome Region in Muslim Mindanao (BARMM).



Die Infrastruktur Mindanaos wurde verbessert, aber nicht bis in alle ländlichen Regionen. © Lilli Breininger

Die vierte Änderung ist, dass wir jetzt eine subregionale Regierungsbehörde haben, die versucht, die Entwicklung in den sechs Regionen von Mindanao zu koordinieren. Im Februar 2010 trat der Republic Act 9996 in Kraft, der die MinDA (Mindanao Development Authority) ins Leben gerufen hat. MinDA ist eine einzigartige subregionale Einrichtung, denn die Visayas und Luzon (die anderen großen Regionen der Philippinen) haben keine eigenen Entwicklungsbehörden. Es geht um Wirtschaft, Frieden und um politische Repräsentation und Governance-Mechanismen. Diese vier Veränderungen möchte ich hervorheben.

Und was hat sich NICHT geändert?

Es gibt immer noch erhebliche Armut und Ungleichheit in Mindanao. Das sieht man vor allem in den landwirtschaftlichen und in den indigenen Gemeinden. Im nationalen Vergleich hat BARMM mit 44,8 Prozent die höchste Armutsrate. Mindanao gehört mit knapp über 30 Prozent Armutsrate auch bereits zu den ärmeren Regionen der Philippinen. Der Zugang zu Ärzt:innen und Krankenhäusern vor allem in den ländlichen Regionen Mindanaos ist sehr eingeschränkt.

Geblieden ist auch die Entwicklungs-Aggression, die weiterhin Großgebauten fördert und sehr stark auf Exportgüter fokussiert, auch in der Landwirtschaft. Das war unter Ferdinand Marcos Sr. in den 1980er Jahren auch schon so. Im Jahr 2023, unter der Präsidentschaft von Ferdinand Marcos Jr., geschahen 80,9 Prozent der Investitionen für Mindanao im Bergbau-Sektor.

Trotz Frieden viel Krieg

Kriege sind immer noch präsent. Die Belagerung von Marawi vom 23. Mai bis zum 23. Oktober 2017

war der erste langanhaltende städtische Krieg. Zuvor gab es im Jahr 2013 die Belagerung von Zamboanga, die Wochen andauerte. Das Ausmaß der Gewalt und die Zerstörung waren entsetzlich.



Bergbau - im kleinen wie im großen Stil - ist ein aktuelles Thema in Mindanao. © Lilli Breininger

Zweimal gab es in den letzten 40 Jahren Kriegsrechtserklärungen in Mindanao. 2009 rief Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo das Kriegsrecht als Reaktion auf das Ampatuan-Massaker aus [Beim Ampatuan-Massaker wurden am 23. November 2009 in der philippinischen Provinz Maguindanao 58 Menschen, darunter 32 Journalist:innen, von bewaffneten Anhänger:innen einer mächtigen politischen Familie, Ampatuan, ermordet., d.R.] Die zweite Kriegsrechtserklärung erfolgte 2017 unter Präsident Duterte aufgrund der Belagerung von Marawi. Es ist tragisch. Es bedurfte einer Erklärung von Marcos, um diesen Ausnahmezustand aufzuheben.

Damit verbunden ist, dass der Friedensprozess mit der Nationalen Demokratischen Front (NDFP) nicht vorangekommen ist und sogar gestoppt wurde [Die NDFP ist ein Bündnis aus revolutionären und progressiven Gruppen, das 1973 gegründet wurde, um die kommunistische Bewegung in den Philippinen zu stärken und einen demokratischen, sozialistischen Staat zu etablieren, d.R.]. Das ist bezeichnend, denn die Mehrheit der Kräfte der NDFP und der mit ihr verbündeten Gruppen, der New Peoples Army (NPA) und der Communist Party of the Philippines (CPP) befinden sich jetzt in Mindanao. Das Militär nutzt Anti-Terror-Gesetze als Vorwand für Razzien und andere repressive Maßnahmen

Übrigens muss darauf hingewiesen werden, dass in die letzten 40 Jahre auch der so genannte totale Krieg in Mindanao im Jahr 2001 sowie die Konflikte im Jahr 2000 und 2008 fallen, als das Memorandum of Agreement on Ancestral Domain (MOAD) mit der MILF vom Obersten Gerichtshof gekippt wurde. [Das MOA-AD war ein 2008 unterzeichnetes Abkommen zwischen der philippinischen Regierung und der MILF, das die Schaffung einer autonomen Region für die muslimischen Völker im Süden der Philippinen vorsah, jedoch aufgrund politischer Kontroversen und Widerstände nicht umgesetzt wurde., d.R.]

Vor 40 Jahren wurde darüber diskutiert, Sabah an die Philippinen anzugliedern. Wie ist da der Stand?

Der Anspruch des Sulu-Sultanats auf Sabah hat eine historische Grundlage. Er ist auch mit der komplizierten Geschichte und den Auswirkungen des kolonialen Expansionismus in Südostasien verbunden.



2023, sechs Jahre nach der Belagerung im ‚Ground Zero Maraw’s‘. Viele Häuser sind gezeichnet von den Kämpfen und der Zerstörung. Doch der Wiederaufbau hat begonnen.
© philippinenbüro e.V.

Es gibt zwar Menschen aus Mindanao, die als Teil der Diaspora infolge der Konflikte zwischen der philippinischen Regierung und den Moro Liberation Fronts nach Sabah geflohen sind. Aber es gibt auch Menschen wie die Sama, die das Gebiet als Teil ihrer traditionellen Domänen betrachten und sich daher ungeachtet der modernen geopolitischen Grenzen frei bewegen. Es gibt auch manche, die das allgemeine Gebiet von Basilan, Sulu und Tawi-Tawi als eine weitere Tür zur Ausreise aus den Philippinen betrachten. Und es gab Probleme mit Menschenhandel.

Das regelmäßige harte Vorgehen der malaysischen Regierung gegen Filipin@s ohne Papiere in Sabah führte zu massiven Deportationen und Umsiedlungen. Am ausgeprägtesten waren diese Vorfälle in den letzten Jahren der inzwischen aufgelösten Autonomen Region in Muslim Mindanao (ARMM). Aber die Probleme bestehen nach wie vor.

Der jüngste Fall in der andauernden Geschichte des Anspruchs des Sultanats Sulu war der Lahad-Datu-Konflikt im Jahr 2013, als bewaffnete Truppen, die sich als die königlichen Sicherheitskräfte des Sultanats Sulu und Nordborneo ausgaben, in Ost-Sabah landeten, um ihren Gebietsanspruch geltend zu machen.

Wie ist die aktuelle Situation in Mindanao?

Der vertikale Konflikt zwischen der MILF, MNLF und den Regierungstruppen ist zwar offiziell beendet, da sie Friedensabkommen unterzeichnet haben, aber es gibt weiterhin Zusammenstöße. So drangen zum Beispiel im Januar 2025 Regierungstruppen in Basilan in ein Gebiet ein, ohne sich mit der MILF abzusprechen. Es kam zu einer bewaffneten Konfrontation.

Was zugenommen hat, sind die so genannten horizontalen Konflikte, zwischen Gemeinschaften und zwischen Familien. Dazu gehören auch Konflikte mit privaten bewaffneten Gruppen und kriminellen

Elementen. Das sind immer noch sehr reale Herausforderungen auf der lokalen Ebene.

Wie steht es um die führenden Politiker:innen?

Wir haben aktuell eine Situation, in der Vizepräsidentin Sara Duterte aus Mindanao in offenem Konflikt mit Präsident Ferdinand Marcos Jr., ihrem früheren Verbündeten, steht – was zu einer starken Polarisierung im Land geführt hat. In Davao haben die Dutertes nach wie vor viel Unterstützung.



Verbindungen, Konflikte und Gebietsansprüche zwischen Sabah und Mindanao sind mit den Auswirkungen des kolonialen Expansionismus in Südostasien verbunden. © <https://www.freeworldmaps.net/ocean/sulusea/> (bestimmte Rechte vorbehalten)

Im Mai 2025 finden Zwischenwahlen statt, die lokalen Ämter und das Repräsentantenhaus sowie zwölf von 24 Mitgliedern des Senats werden gewählt. Die Wahlergebnisse werden entscheiden, ob die Vizepräsidentin, gegen die im Februar ein Amtsenthebungsverfahren eingeleitet wurde, im Amt bleibt. Es gibt jedoch noch eine weitere Frau Duterte im Amt, die zweite Frau des Abgeordneten und Sohns des ehemaligen Präsidenten Paolo „Pulong“ Duterte, January Navares-Duterte. Sie ist Barangay-Vorsteherin im Barangay Catalunan Grande in Davao City und hat somit automatisch einen Sitz im lokalen Stadtrat. [Anm.: Ein Barangay ist die kleinste territoriale und administrative Verwaltungseinheit auf der untersten lokalen Regierungsebene, vergleichbar mit einem Dorf, Bezirk oder Stadtteil, d.R.]

Zwei der Dutertes sind also bereits im Amt, fünf weitere kandidieren im Mai. Ex-Präsident Rodrigo Duterte kandidiert für das Amt des Bürgermeisters in Davao, das er bereits innehatte, obwohl er aktuell vom Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag festgehalten wird. Sein jüngster Sohn Sebastian kandidiert als Vizebürgermeister und würde das Bürgermeister, sollte sein Vater nicht vor Ort sein. Der Kongressabgeordnete Paolo strebt eine Wiederwahl an. Und dann kandidieren noch zwei Söhne von Paolo „Pulong“ Duterte für den Barangay-Vorsitz und den Stadtrat. Die

wiederkehrenden Nachnamen in der Politik sind nicht nur geblieben, sondern haben sogar zugenommen.

Interview und Übersetzung aus dem Englischen von: Lilli Breininger

Autor*in

Lilli Breininger

Die Autorin ist Ethnologin und Geschäftsführerin des philippinenbüro e.V.



Dieser Text erscheint unter einer Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz.